

Zu TOP 5 Information zur Beauftragung des gemeinsamen Schiedsgutachten

Herr Buhrke berichtete, dass als Gutachter Herr Prof. Dr. Dombert beauftragt wurde. Vertragspartner sind der LOS und die Stadt Beeskow, stellvertretend für alle Gemeinden. Die Gemeinden haben ihre Auffassungen abgeglichen und sich auf Fragestellungen geeinigt. Die Fragestellungen (siehe Anlage 2) sind Bestandteil der Beauftragung. Der Landkreis hat dem Gutachter seinen Standpunkt zugearbeitet. Am Freitag, dem 03. Juli 2015 findet das erste Gespräch mit dem Gutachter statt. Aufgabe des Gutachters ist es, eine praktikable, mit dem MIK abgestimmte Lösung zu finden. Die Abstimmung mit dem MIK ist noch nicht terminiert. Sie soll nach dem Vorliegen erster Ergebnisse und unter Einbindung des Landkreises und der Gemeinden erfolgen. Für das Gutachten wurde ein Honorar von 18.750 € (netto) vereinbart. Die Kosten werden zwischen Landkreis und Kommunen hälftig aufgeteilt. Vereinbart wurde, dass das Gutachten bis spätestens Ende August 2015 vorliegt. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen in die Aufstellung des Haushaltsplanes für das Jahr 2016 einfließen.

Zu TOP 6 Information über absehbare finanzielle Auswirkungen der Unterbringung von Flüchtlingen

Dr. Pech ging einleitend auf die Problematik der steigenden Asylbewerber- und Flüchtlingszahlen ein und stellte die Frage nach der Auskömmlichkeit der finanziellen Mittel des Landkreises. Herr Buhrke, informierte darüber, dass bereits durch ihn überplanmäßige Aufwendungen bewilligt werden mussten. Im Jahr 2015 ff ist mit Mehraufwendungen zu rechnen. Auch in der Vergangenheit war die Finanzierung der Leistungen für Asylbewerber nicht kostendeckend. Der Haushaltsplan 2015 enthält einen Zuschuss von rd. 700 T€. Ein Grund dafür ist, dass der Landkreis für Asylbewerber, bei denen das Verfahren länger als 4 Jahre dauert, keine Landespauschale (derzeitig 9.128 €) erhält. Ein weiterer Grund sind die hohen Krankenkosten. Von den Bundesmitteln, die zur Verteilung anstehen (500 Mio €) wird das Land Brandenburg 11,2 Mio € an die Landkreise und kreisfreien Städte verteilen. Der Anteil für den LOS beträgt 7,3 % (rd. 820.000 €). Auf Grund des Anstiegs der Fallzahlen ist auch mit höheren Erträgen aus der Landespauschale zu rechnen. Da die Plätze in den Gemeinschaftsunterkünften nicht ausreichen, erfolgt die Unterbringung von Flüchtlingen auf dem Wohnungsmarkt. Das führt zu einer Verknappung der Angebote und zu höheren Mietpreisen. Der Landkreis wird in die Schaffung neuer Gemeinschaftsunterkünfte investieren müssen. Dabei ist die Langfristigkeit der Quartiere zu beachten. Derzeitig läuft der Findungsprozess; zwei konkrete Objekte befinden sich in der Prüfung. In der Verwaltung wurde eine Stabsstelle unter Leitung von Herrn Lindemann (Stellvertreter Herr Buhrke) gebildet. Herr Umbreit erkundigte sich, ob die Verteilung der Asylbewerber auf die Gemeinden nach einem Schlüssel erfolgt. Das verneinte Herr Buhrke. Im LOS erfolgt eine zentrale Klärung. Dabei unterstützen die Gemeinden den Landkreis, so dass der Landkreis seinen Verpflichtungen nachkommen kann. Der Vorlauf des Landkreises beträgt 2 – 3 Wochen. Eine Entlastung kann nur durch die Schaffung von zusätzlichen Gemeinschaftsunterkünften erreicht werden. Nach diesem TOP verließ Herr Buhrke aufgrund eines wichtigen Termins die Sitzung.

Zu TOP 7 Information zum Entwurf der Dienstanweisung des Landkreises zum Verfahren und den Zuständigkeiten bei der Vorbereitung, Durchführung und Abrechnung von Baumaßnahmen

Frau Wellmer stellte den neuen Entwurf der DA vor. Die Initiative zur Überarbeitung der DA ging von der Kämmerei aus. Der Entwurf der DA wurde mit den beteiligten Fachämtern, insbesondere dem Amt für Gebäude- und IT-Management, dem Amt für Kreisentwicklung, dem Amt für Bildung, Kultur und Sport sowie dem Rechnungsprüfungsamt intensiv beraten. Dabei flossen

die Hinweise und Anregungen der Fachämter in den Entwurf ein. Diskussionsbedarf besteht noch zum Punkt „Auswertung und Evaluation“.

Die PowerPoint – Präsentation (Anlage 3) und der Entwurf der DA (Anlage 4) werden dem Protokoll beigelegt.

Zu TOP 8 Information zu den Anforderungen/Ablauf der Planung für das Haushaltsjahr 2016 und zum Stand der Vorplanung

Frau Wellmer informierte über die Anforderungen zur Aufstellung der Planentwurfs 2016 und den vorgesehenen Ablauf. Sie bezog sich dabei auf die Festlegungen des Finanzdezernenten vom 17.04.2015 zur Aufstellung des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2016. Ein Auszug aus diesem Schreiben (Anlage 5) und der Terminplan (Anlage 6) werden dem Protokoll beigelegt.

Auf der Sitzung des Finanzausschusses am 23.03.2015 wurde der Wunsch ausgesprochen, den Haushaltsplan 2016 früher durch den Kreistag beschließen zu lassen. Aus diesem Grunde wurde mit der Planung für das neue Haushaltsjahr zeitiger als in den Vorjahren begonnen. Die Stellenplangespräche mit den Fachämtern fanden bereits im Zeitraum vom 27.05 bis 05.06.2015 statt. Die Zuarbeiten zur Prioritätenliste wurde von den Fachämtern zum 29.05.2015 abgefordert.

Frau Wellmer gab einen Überblick zum derzeitigen Planungsstand (siehe Anlage 7). Generell zeichnen sich für das Jahr 2016 Mehrbedarfe ab, insbesondere durch den Anstieg der Anzahl der Asylbewerber/Flüchtlinge, aber auch darüber hinaus in den Bereichen Jugend und Soziales. Informationen vom Land zur Finanzausstattung 2016 (Orientierungsdaten) liegen dem Landkreis noch nicht vor.

Zu TOP 9 Sonstiges

Mit der Einladung zur Sitzung des Finanzausschusses wurde die Beschlussvorlage 012/2015 – Richtlinie zur Förderung von Einrichtungen der Jugendberufshilfe gemäß § 13 SGB VIII im LOS verschickt.

Frau Wellmer wies darauf hin, dass mit dem Beschluss dieser Richtlinie die Finanzierung der bestehenden Angebote aus den Mitteln des Landkreises (zu 100 %) beschlossen wird. Durch den Wegfall der Förderung entsteht eine Belastung des Kreishaushaltes 2016 ff in Höhe von 234.300 €. Diese ist beim Ausgleich des Haushaltes 2016 und ggf. Festsetzung der Kreisumlage zu berücksichtigen.

Für die kommenden Sitzungen des Finanzausschusses (07.09. und 16.11.2015) wurden durch die Verwaltung Vorschläge zur Tagesordnung übergeben (Anlage 8). Weitere Vorschläge sind bei Bedarf dem Ausschussvorsitzenden bzw. dem Dezernat II rechtzeitig zuzuleiten.

Dr. Artur Pech
Vorsitzender des Ausschusses
für Haushalt und Finanzen

Hariett Wellmer
Schriftführerin